

- Auf- und Ausbau von Netzwerken mit den
    - Integrationsbeauftragten der Städte und Gemeinden,
    - Integrationsfachdiensten der freien Träger,
    - Migrantenorganisationen,
  - Einrichtung eines Dolmetscherpools – Sprachlotsen im Bezirk,
  - Info-Veranstaltungen für Eltern und/oder Schüler, zum Beispiel zu folgenden Themen
    - das Bildungssystem in NRW – Übersicht über die Schullandschaft und mögliche Bildungswege,
    - vom Kindergarten- zum Schulkind: meine neue Elternrolle,
    - in der Schule: Rechte und Pflichten von Eltern,
    - Unterstützung bei der Berufsorientierung,
    - Schulabschlüsse und Bildungswege – wo kann es hingehen?,
    - Ausbildungsabbrüche vermeiden,
  - Materialzusammenstellung zur Erweiterung der Sprachkompetenz,
  - Betreuung von Seiteneinsteigern im Sek II-Bereich,
  - Unterstützung von Schulen im Bundesprogramm „Schule ohne Rassismus – Schüler mit Courage“,
  - Fortbildung: Migration in Deutschland – Aufenthaltsstatus und rechtliche Konsequenzen,
  - Hausmesse: Vorstellung der Materialien zur Erweiterung der Sprachkompetenz.
- Ein Highlight war die eintägige Hausmesse mit Sprachfördermaterialien. Zahlreiche Besucher aus Kitas, Schulen und Migrantenorganisationen waren gekommen, um

sich die Medien zur Sprachförderung anzusehen und auszuprobieren. Die meisten Besucher blieben mehrere Stunden, um das Material ausgiebig zu testen, sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen oder sich beraten zu lassen. Viele Medien wurden sofort für Unterrichtszwecke ausgeliehen. 90 Prozent der Besucher äußerten, dass sie an einer weiteren Messe interessiert seien.



**Besucher informieren sich bei der Hausmesse über Sprachfördermaterialien.**

Foto: Kreis Gütersloh

## Ausblick

Nachdem das Kommunale Integrationszentrum durch intensive Öffentlichkeitsarbeit kreisweit bekannt ist, geht es nun darum, die geplanten Maßnahmen umzusetzen.

Die durch die Kontakte zu den Bildungseinrichtungen, den Migrantenorganisationen, den Städten und Gemeinden und den freien Trägern ermittelten Bedarfe sind wichtige Vorgaben für die zukünftige Zielbestimmung. Durchgängige Sprachbildung, Fortbildungen für Fachkräfte, Hilfen für Seiteneinsteiger, interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung werden

dabei noch lange auf der Agenda stehen. Unterstützt wird das Kommunale Integrationszentrum durch die Landeskoordinierungsstelle in Dortmund, wo Fortbildungen initiiert, Sprachförderprogramme entwickelt und neue Themenfelder gemeinsam erschlossen werden.

Für eine Kreisverwaltung ist diese neue Intensität der Integrationsarbeit eine Herausforderung, die als Querschnittsaufgabe nahezu alle Leistungsbereiche berührt und eine neue Kompetenz im Umgang mit zugewanderten Bürgerinnen und Bürgern erfordert.

EILDienst LKT NRW  
Nr. 9/September 2014 11.11.00



## Rucksack in der KiTa – Stärkung der Sprach- und Elternbildung im Kindergarten

Von Sevgi Sarikaya, Stellv. Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, Märkischer Kreis

Das Kommunale Integrationszentrum des Märkischen Kreises besteht seit Dezember 2012. Die Einführung des Projektes „Rucksack in der KiTa“ von der ehemaligen RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) gehörte zu den ersten Umsetzungsschritten des Arbeitsschwerpunktes „Integration durch Bildung“.

Etwa ein Viertel der Vierjährigen im Märkischen Kreis mit Migrationshintergrund haben laut Sprachstandserhebung Delfin 4 einen Bedarf an Sprachförderung. Dies ist, ebenso wie der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit einem ausländischen Pass, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, ein vergleichsweise hoher Wert.

Für das Kommunale Integrationszentrum lag es auf der Hand, dass für einen guten Schulstart die sprachliche Förderung schon frühzeitig und nachhaltig zu unterstützen war. Für die Kinder aus Zuwandererfamilien bot sich in diesem Zusammenhang das von den früheren RAA entwickelte und langjährig erprobte Rucksack-Programm

an, mit dem zugleich die Elternbildung wie auch die Sprachbildung gefördert wird. Das Programm erfordert eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen, denn hier treffen sich die Rucksack-Eltern der Kindergartenkinder regelmäßig. Infolgedessen bestand der erste Umsetzungsschritt in der Suche nach



Die Rucksack-Elternbegleiter zum Abschluss ihrer Qualifizierungsreihe vor dem Kreishaus in Lüdenscheid.

interessierten und geeigneten Kindertageseinrichtungen als Kooperationspartner.

Wichtig ist, dass die jeweilige Müttergruppe nicht zu klein ausfällt und mindestens acht Personen umfasst. Bei circa 30 Einrichtungen stimmten die Voraussetzungen. Als nächstes mussten nun zwei- oder mehrsprachige Elternbegleiter ausfindig gemacht werden, welche die Rucksack-Gruppen dann später kompetent anleiten sollen.

Zum Glück konnten die Erzieher aus der Elternschaft ihrer Einrichtungen häufig interessierte Mütter für diese Aufgabe gewinnen. Im Sommer 2013 erfolgte dann eine kurze, aber intensive Qualifizierungsmaßnahme für 35 künftige Elternbegleiter. An einigen Modulen waren auch die Erzieherinnen und Erzieher der Kindertageseinrichtungen beteiligt. Denn ein tragendes Element von Rucksack ist die strukturierte Zusammenarbeit zwischen der Elternbegleiterin der Rucksack-Gruppe und der Kindertageseinrichtung. Über einen Zeitraum von neun Monaten trifft sich wöchentlich sich eine Gruppe von Müttern, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, unter Anleitung einer Elternbegleiterin.

Die Mütter und die Elternbegleiterin unterhalten sich während dieser Zeit überwiegend in ihrer Herkunftssprache. In den Sprachen arabisch, albanisch, griechisch, polnisch, serbokroatisch, italienisch, russisch, türkisch wurden die Mütter durch ihre Elternmaterialien angeleitet. Damit fördern sie ihre eigenen Sprachkenntnisse und geben diese an ihre Kinder weiter. Die Wortschatzerweiterung führt dabei zu einer differenzierteren Ausdrucksweise und fördert das Sprachverstehen, bei den Müttern wie vor allem auch bei den Kindern. Woche für Woche arbeiten die Mütter in der Gruppe an Themen wie beispielsweise „Tiere“ oder „der Körper“, Themen,

die auch in der Sprachförderung der Kindertageseinrichtung eine Rolle spielen. Die parallel von der Sprachförderung in der Kita und in der Müttergruppe behandelten gleichen Themen führen dazu, dass die Jungen und Mädchen die Begriffe sowohl in der Herkunftssprache wie auch in der deutschen Sprache erlernen.

Im Märkischen Kreis konnte das Rucksack-Programm im Herbst 2013 in 27 Kindertageseinrichtungen starten. Dabei gibt es sowohl sprachhomogene Gruppen, wie auch gemischte Gruppen, wo mehrere Sprachen gesprochen werden, die dann aber zwei Elternbegleiter haben. Die ersten Wochen in der praktischen Umsetzung zeigten bereits, dass viele Kinder ihren Wortschatz erweitern und sich damit differenzierter äußern konnten. Aber es passiert auch noch viel mehr. Die Rucksack-Mütter nutzen ihre Treffen, um die örtliche Stadtbücherei kennenzulernen. Sie besuchen

gemeinsam das Schwimmbad am Ort und erkundigen sich nach Möglichkeiten des Schwimmunterrichts für ihre Kleinen. Mit dem Rucksack-Programm scheint es offensichtlich zu gelingen, die Eltern zusammenzubringen und sie in ihren Erziehungsaufgaben zu stärken, sich die Angebote für junge Familien in der Stadt zu erschließen und einen besseren Kontakt zu ihrer Kindertageseinrichtung aufzubauen. Auch die Rückmeldungen aus den Einrichtungen sind positiv, denn trotz vieler Bemühungen gelang es zuvor nur selten, den Kontakt zu den Eltern aufzubauen und zu halten.

Das Kommunale Integrationszentrum ist Ansprechpartner für die beteiligten Kindertageseinrichtungen und für die Elternbegleiter. Regelmäßig einmal monatlich treffen die Elternbegleiter sich unter der fachkundigen Anleitung einer Sozialarbeiterin des Integrationszentrums. Wegen der Größe des Kreises wurden aus Effi-



Eine Rucksack-Gruppe mit dem Materialband für das neun Monate dauernde Programm.

zienzgründen hierfür drei regionale Gruppen gebildet. Das Arbeitsprogramm des Kommunalen Integrationszentrums sieht für Kinder und Jugendliche Fördermöglichkeiten aber nicht nur unmittelbar vor der Einschulung, sondern entlang der gesamten Bildungskette vor.

Für die Eltern von Vorschul- und Grundschulkindern bedeutet dies, dass noch weitere Bausteine zum Rucksack hinzukommen müssen. Im Januar dieses Jahres

starteten deshalb die ersten „Griffbereit“ Gruppen im Kreis. Hier treffen sich Mütter mit Kleinkindern im Alter zwischen ein und drei Jahren. Anders als im Rucksack-Projekt sind die Kinder während der Treffen dabei. Die Mütter lernen, ihre Kinder sprachlich, aber auch motorisch und in Bezug auf ihre gesamte Entwicklung altersangemessen zu fördern. Für die Eltern der Grundschulkin- der wird ab dem laufenden Schuljahr an sechs Standorten das „Rucksack-Pro-

gramm in der Schule“ angeboten. Erst eine nachhaltige und kontinuierliche Unterstützung wird langfristig dazu führen, bessere Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Dieser Weg ist zwar lang, aber er wurde mit „Griffbereit“, „Rucksack in der Kita“ und „Rucksack in der Schule“ im Märkischen Kreis begonnen.

EILDienst LKT NRW  
Nr. 9/September 2014 11.11.00



## Kommunales Integrationszentrum im Oberbergischen Kreis – nur gemeinsam mit den Kommunen

Von Dr. Christian Dickschen, Dezernent und Integrationsbeauftragter, Oberbergischer Kreis

**Der Oberbergische Kreis hat den höchsten Migrantenanteil aller Kreise in Nordrhein-Westfalen. Ohne RAA (Regionale Stelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien), ohne Integrationskonzept und ohne nennenswerte Struktur zur Vernetzung der kreisweiten und lokalen Integrationsangebote ging der Beschlussfassung des Kreistages über die Errichtung eines Kommunalen Integrationszentrums ein intensiver Abstimmungsprozess mit den Rathäusern voraus.**

Am 14.02.2012 hat der Landtag des Landes NRW das Teilhabe- und Integrationsgesetz mit dem Angebot einer Landesförderung für Kommunale Integrationszentren (KI) in kreisfreien Städten und Kreisen beschlossen. Gut zwei Jahre später, am 03.04.2014, hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises mit einem entsprechenden Kreistagsbeschluss seinen Beitrag zur Errichtung des KI geleistet.

Vorausgegangen war neben der Überzeugungsarbeit in den Kreisgremien in einem Kreis ohne RAA und Integrationskonzept ein intensiver Abstimmungsprozess mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Umgehend am 24.04.2014 haben das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie das Ministerium für Schule und Weiterbildung ihre grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung eines Kommunalen Integrationszentrums erteilt, und mit Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch das Kompetenzzentrum für Integration der Bezirksregierung Arnsberg konnte noch im August 2014 der Betrieb des KI mit den ersten Mitarbeitern im Oberbergischen Kreis aufgenommen werden.

Der Oberbergische Kreis ist ein ländlicher Flächenkreis östlich von Köln mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von fast 100 Kilometern. In 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden leben circa 273 000 Einwohner, davon knapp 50.000 in der Kreisstadt Gummersbach, viele in Städten und Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen

17.000 und 25.000 und in zwei deutlich kleineren Gemeinden. Knapp 17.900 Ausländer lebten Ende 2013 im Oberbergischen Kreis, das sind circa 6,6 Prozent der Bevölkerung. Die größte Ausländergruppe bilden die Türken mit circa 5.900 oder 26 Prozent. Von ihnen leben 1.530 in Bergneustadt, in Gummersbach 1.025, in Morsbach knapp 150 und in Wiehl weniger als 100. Von allen Städten und Gemeinden im Kreisgebiet hat Bergneustadt mit 2.760 Personen oder 14,7 Prozent den höchsten Ausländeranteil, von denen die Türken 55 Prozent ausmachen.

Unter allen Kreisen in NRW hat der Oberbergische Kreis mit 27 Prozent oder 73.090 Personen den höchsten Migrantenanteil. Das ist auf die circa 20 Prozent Aussiedler an der Gesamtbevölkerung zurück zu führen. Vor allem ab Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre wurde der Kreis durch den starken Zuzug russischer und osteuropäischer Aussiedler vor komplett neue Herausforderungen gestellt. Allein in diesem Zeitraum wurden circa 21.000 Neubürger aufgenommen, die sich schwerpunktmäßig in der Kreismitte und in den Städten und Gemeinden im Südkreis angesiedelt haben.

Die Haushaltslage ist in der Mehrzahl der kreisangehörigen Kommunen als prekär zu bezeichnen: fünf Kommunen befinden sich im Stärkungspakt Stadtfinanzen, acht weitere in unterschiedlicher Intensität in der Haushaltssicherung. Sie haben kaum finanzielle Spielräume für die freiwillige

Aufgabe der Integrationsförderung. Entsprechend gering fällt von wenigen Ausnahmen abgesehen die Personalausstattung für diesen Bereich aus; oft werden Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter in den Sozial-, Jugend- oder Schulämtern zusätzlich mit der Aufgabe der Integrationsförderung betraut.

So ist es gut nachvollziehbar, dass die zumindest anteilig über die Kreisumlage finanzierten freiwilligen Aufgaben, die der Kreis übernimmt, besonders kritisch betrachtet werden. Dies gilt vor allem dann, wenn für zu bearbeitende Querschnittsthemen notwendigerweise auf die kommunalen Strukturen und Akteure zurück gegriffen werden muss. Diese Diskussion zwischen dem Kreis mit seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion und dem kreisangehörigen Raum gab es in den letzten Jahren regelmäßig, so bei der Gründung eines Demografieforums, beim Aufbau des Regionalen Bildungsnetzwerks mit seinen auch kommunal-finanzierten Stellen im Bildungsbüro, bei der Implementierung einer ergänzenden Struktur für das Ehrenamt und zuletzt bei der Errichtung des Kommunalen Integrationszentrums. Jenseits dieser generellen Auseinandersetzung gab es unterschiedliche Diskussionen mit den Kommunen, je nach ihrer individuellen Betroffenheit. Einige Städte und Gemeinden mit einer geringen Ausländerzahl oder wenigen überwiegend gut integrierten Aussiedlern fragten gezielt nach ihren Vorteilen durch ein KI.